

Vorlage-Nr.: **4131-2011/DaDi** vom 19.01.2011

Aktenzeichen: 412-010

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Sozialtarife für Strom und Gas - Antrag Die Linke/DKP**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss verhandelt mit den im Landkreis tätigen Energielieferanten mit dem Ziel der schnellstmöglichen Gewährung eines Sozialtarifs von Strom und Gas für Menschen mit geringem Einkommen.

Begründung:

Ziel der Verhandlungen sollte sein, eine spürbare Kostensenkung durch einen Sozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen zu erreichen.

1. Bezugsberechtigt sollte alle Bürger/innen des Landkreises sein, die Anspruch auf Beihilfen von Rundfunk- und Fernsehgebühren haben, also Schwerbehinderte mit dem Vermerk RF, Sozialgeldbezieher/innen SGB II und SGB XII, Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter, Sozialhilfeempfänger/innen, Empfänger/innen nach dem AsylbLG, Sozialhilfeempfänger/innen mit Hilfe zur Pflege der Leistung als Kriegsopferfürsorge und Empfänger/innen von Pflegezulage nach § 267 Abs. 1 des Leistungsausgleichsgesetze.

2. Die Dringlichkeit ergibt sich z. B. aus Berechnungen der Firma *Techem*, dass für das Jahr 2010 für Öl- und Gasheizungen um 30 bis 50 Prozent höhere Ausgaben drohen.

3. E.on Bayern bietet Sozialtarife an. In Köln wurde mit Unterstützung der SPD Fraktion ein gleichlautender Antrag verabschiedet, ebenso in Regensburg. Die Städte München, Bochum, Düsseldorf, Dortmund, Duisburg, Nürnberg, Halle, Suhl, Potsdam, Münster, Weimar und Hannover diskutieren Sozialtarife bzw. haben sie bereits verabschiedet.

4. Selbst der SPD Vorsitzende Gabriel forderte unlängst wegen stark gestiegener Energiepreise flächendeckende Sozialtarife. „In einem so reichen Land wie Deutschland dürfe es keine Energiearmut geben „ – so Sigmar Gabriel.

Wir bitten daher um Zustimmung unseres Antrages.